

Widersprüchliche Einheit

Grenzen der Angleichung – ein Leben mit Unterschieden: Warum eigentlich nicht?

Michael Thomas

Die deutsche Einheit ist ein auf Dauer gestelltes Problem. Nicht nur jährliche Berichte der Bundesregierung widmen sich diesem; zumal zu Jubiläen wie etwa 2014 oder eben nunmehr 2015. Umfassende Erhebungen (Deutschland 2014), wissenschaftliche Reports (DIW 2014; Ludwig 2015) oder der turnusmäßige „Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit“ (Jahresbericht 2014) zeigen nahezu unisono das differenzierte Bild, wie wir es seit fast zwei Jahrzehnten mehr oder minder kennen: Ost- und Westdeutschland sind nach einzelnen Parametern noch ein Stück weiter zusammen gekommen, in anderen und nicht weniger wichtigen Parametern bleiben die Unterschiede konstant und markant. Ersteres betrifft etwa Einschätzungen zur Lebenszufriedenheit, letzteres Indikatoren zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (vgl. für eine Aufarbeitung auch Ferchland 2015).¹

Die genannten Befunde sind kaum strittig, und sie sind wichtig. Mit ihnen lassen sich immer wieder hervorbrechende individuelle Vergleiche justieren, und sie entsprechen dem politischen Ziel einer *Transformation als Vereinigung*, also dem deutschen Sonderfall der seit Ende der 1980er Jahre ablaufenden postsozialistischen Transformationen in Europa: Annäherung oder Konvergenz, Angleichung oder *gleiche* (später heißt es relativierend: *gleichwertige*) Lebensverhältnisse. Daran ändert auch nichts, dass solche Zielprojektionen mittlerweile aufgeweicht oder in gleichsam groteske zeitliche Dimensionen verschoben sind und sich Leitvorstellungen von einem raschen Catch-up, welches den Sonderfall auszeichnen sollte, zerschlagen haben: Wo zunächst „blühende Landschaften“ mit dem nächsten Frühjahr versprochen waren, wurden alsbald Zeiträume von mehr als fünfzig Jahren gesetzt.

Mit der akzeptierten Zielvorstellung sind gesellschafts- und vereinigungskritische Bestandsaufnahmen, die die Akzente auf den Skandal bleibender Abstände zwischen West- und Ost legen, konzeptionell vergleichbar mit eher affirmativen Sichten, die sich mit den kleinen Zugewinnen und einer im Großen und Ganzen funktionierenden Wirtschaft legitimieren. Für beide gelten Abstand bzw. Angleichung oder Konvergenz (bzw. deren Ausbleiben) als nicht zu hinterfragende und übergreifende Kriterien. Beides ist wiederum

¹ Im vorliegenden Band sei insbesondere auf die Beiträge von Busch und Ferchland verwiesen.

nicht einfach richtig oder falsch, beides kann zudem für publizistische, mediale Erregung und die eine oder andere politische Initiative sorgen. Legt man aber den Akzent auf gesellschaftliche Entwicklung, auf – wie noch zu zeigen ist – gesellschaftliche Transformation, erweist sich eine solche Sicht nur als bedingt tauglich. Es gibt Gründe, weshalb Abstand allein und Fortschritte in der Angleichung (oder deren Ausbleiben) nicht ausreichen und selbst solide Statistik Probleme verdecken könnte. Deshalb soll hier, eher ergänzend, eine andere Perspektive eingenommen werden.

Für eine Betrachtung des bisherigen deutschen Vereinigungs- und Transformationsfalles wird von einem komplexen Transformationsverständnis² ausgegangen, welches nicht nur Abstände oder Übereinstimmungen in einer linearen Entwicklung misst, sondern *zudem* Abweichungen von dieser, Besonderheiten, eigensinnige Dimensionen und Pfade berücksichtigt. Damit werden sowohl die Konstellationen der Ausgangsgesellschaft wichtig – also die ambivalenten Erbschaften des Sozialismus – wie die Eigentümlichkeiten im Vereinigungsprozess. Ein solches Verständnis wird der widersprüchlichen wirtschaftlichen und sozialen Realität besser gerecht – auch der deutsch-deutsche Vereinigungsprozess hat sowohl im ostdeutschen Kontext Persistenzen und Verwerfungen gebracht, die sich nicht in ein Muster der Angleichung fügen, wie gravierende Veränderungen in Deutschland und Europa insgesamt, die wiederum eine Justierung nach dem Modus Angleichung erschweren – „it`s a moving target“.

Eine solche Sicht auf den bisherigen Transformations- und Vereinigungsprozess nimmt dann auch heute anstehende Entwicklungsherausforderungen in den Blick. 25 Jahre Einheit sind so nicht (nur) die Frage nach Angleichung oder Konvergenz, sondern mehr noch die nach Voraussetzungen im wiedervereinigten Deutschland, um mit den anstehenden Umbruchprozessen umzugehen. Was hat diesbezüglich der Vereinigungsprozess erbracht bzw. „aufzuweisen“? Haben die 25 Jahre Deutschland so verändert, dass Voraussetzungen gegeben sind, um anstehende Umbruchprozesse zu bewältigen? Eine Antwort auf diese Frage nach dem Stand der deutschen Einheit ist nicht (oder nicht hinreichend) in Angleichung oder Konvergenz zu finden. Es könnte sogar hinsichtlich erfolgreicher Bewertungen das Gegenteil gelten.

Status quo – eine herausfordernde Ambivalenz

² Hierzu liegt eine ausführliche Debatte vor, die hier nicht zu referieren ist. Verwiesen sei nur auf neuere Publikationen wie Brie 2014; Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015; Thomas/ Busch 2015.

Auf einige Befunde wurde schon hingewiesen, deren Relevanz ist auch nicht zu bestreiten. Die etwa seit zwei Jahrzehnten stagnierende Angleichung macht immer noch die West-Ost-Differenz zur alles übergreifenden in Deutschland. Sehr verschiedene harte wirtschaftliche und soziale Indikatoren zeigen mit ihrer bekannten und leicht zu verfolgenden (www.inkar.de) Kartierung nahezu unverändert die Konturen von vor 1989. Die jeweils schlechteren Indikatoren bilden weitgehend einheitlich die DDR ab, die jeweils besseren die alte BRD. Für einige Indikatoren schiebt sich zudem der Osten langsam in den Westen, etwa entlang eines Keils von Hannover/Braunschweig in Richtung Ruhrgebiet. Da bei den Kartierungen die problematischen Indikatorenwerte häufig rot gezeichnet sind, ergibt sie eine eigenartige Wiedergeburt der DDR (nebst sich ausweitender „Verrostung“ im Westen).

„Der wirtschaftliche Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland ist 25 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch groß. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner werden 71 Prozent und bei der Produktivität etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht. [...] Das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt in Ostdeutschland bei 83 Prozent des westdeutschen Wertes. An dieser Relation hat sich seit Ende der 90er Jahre nichts Wesentliches geändert.“ (DIW 2014: 939) Dies ließe sich sowohl mit anderen Indikatoren weiter begründen wie durch übereinstimmende Expertisen (vgl. Ludwig 2015) oder Aussagen im Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2014 erhärten. Auf Arbeitslosen- und Armutsquoten wäre zu verweisen, auf Einkommen, Vermögen oder auf das immer bedeutsamer werdende Steueraufkommen. Nach jedem dieser Indikatoren stehen die ostdeutschen Länder signifikant schlechter da als die westdeutschen Länder. Im Steueraufkommen etwa liegen die ostdeutschen Länder bei 62 Prozent der finanzschwachen (!) westdeutschen Länder. Und die Tendenz zeigt keinesfalls nach oben. Überhaupt gibt es nur vereinzelt mal westdeutsche Länder (das Saarland, Bremen), die sich mit den ostdeutschen um die rote Laterne streiten.

Der Befund ist somit, zumindest hinsichtlich eines nach wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren fixen Gefälles zwischen West und Ost, eher ernüchternd. Demgegenüber müssen einige der Einschätzungen und Bewertungen zum Stand der deutschen Einheit durchaus als überraschend bezeichnet werden, denn in diesen findet sich ein solches Gefälle kaum (noch). So etwa haben sich nach verschiedenen Erhebungen Einschätzungen zur Lebenszufriedenheit, zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung oder zur persönlichen wirtschaftlichen Lage weitgehend angeglichen. Für die persönliche wirtschaftliche Lage halten die Autoren von „Deutschland 2014“ etwa fest: „Auch hier liegen die Erwartungen innerhalb der nächstfolgenden Jahre (d.h. etwa nach 1995, M.T.) eng beieinander, wobei der Wert für den

Westen erst seit 1999 wieder über dem ostdeutschen Niveau liegt. Im Jahr 2012 sind Differenzen kaum noch messbar.“ (Deutschland 2014: 21) Die positive Wertschätzung der Vereinigung liegt seit Jahren im Osten Deutschlands konstant über der im Westen. Die Autoren der genannten Studie sprechen davon, „dass zehn Prozent mehr West- als Ostdeutsche die Einigungsfolgen für ihr eigenes Teilgebiet als nachteilig empfinden“ (ebd.: 25).

Die Angleichung stagniert, die Vereinigung ist eher gelungen, konstatierte Fremdheit zwischen Ost- und West hat kaum noch Erregungspotenzial. Dieses nur scheinbare³ Paradox muss hier nicht näher interessieren. Mehr Aufmerksamkeit verdient mit der konzeptionellen Schwerpunktsetzung ein anderes Phänomen.

Nimmt man etwa einen kleinräumigen Maßstab, nicht den zwischen Ost- und Westdeutschland als Großregionen, oder auch nicht den zwischen einzelnen Bundesländern, sondern betrachtet Regionen auf Kreisebene bzw. darunter (z.B. Gemeindeebene), so zeigt sich nicht nur eine ausstehende bzw. verharrende Angleichung. Diese wird wiederum entlang der alten innerdeutschen Grenze sichtbar bei einem für die Raumbewertung immer wieder wichtigen Indikator, nämlich dem der „Kumulation demografischer Herausforderungen“: Eine solche Vervielfältigung und Beschleunigung demografischer Herausforderungen erfolgt wiederum nach den nahezu bekannten Ost-West-Konturen.⁴

Diese Kumulation ist deshalb festzuhalten, weil mit ihr eben eine übergreifende Tendenz erkennbar wird, die gegen einen irgendwann eintretenden Aufholprozess spricht. Die demografische Entwicklung – Bevölkerungsschwund und deutlich stärkere Alterung – erhält eine eigenständige Relevanz.⁵ Es geht aber um mehr: Zwar sind einerseits (etwa bei den verfügbaren Einkommen) auf Grund der bisher anhaltenden Sozialtransfers die regionalen Unterschiede bzw. Ungleichheiten innerhalb Ostdeutschlands geringer als innerhalb Westdeutschlands (vgl. DIW 2014: 951), zugleich aber finden sich in Ostdeutschland tendenziell mehr Regionen, die weitgehend den Anschluss verloren haben, selbst in einem moderaten oder stagnierenden Angleichungsprozess. Es sind ländliche oder/und periphere Regionen, bei denen wirtschaftsstrukturelle Brüche bzw. Nachteile und beschleunigte

³ In die jeweiligen Bewertungen fließen vielfältige Einflussfaktoren ein. Das wäre auch für die Wahrnehmungen im Westen zu sagen, vieles basiert auf mangelnden oder auf Fehl-Informationen. Im Osten beeinflussen Sozialtransfers das individuelle Lebensniveau, der Vergleich mit anderen europäischen Ländern lässt die eigenen Probleme kleiner werden. Normative Orientierungen haben sich nicht unerheblich gewandelt. All dies wäre in einer hinreichenden Interpretation zu berücksichtigen. Es nimmt aber subjektiven Interpretationen nicht ihre Handlungsrelevanz.

⁴ Dies gilt schon auf der Ebene der Bundesländer; vier ostdeutsche Bundesländer sind unter den fünf mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Und nur das westliche Bundesland unter den fünf (Niedersachsen) zeigt einen leichten Bevölkerungszuwachs (vgl. DIW 2014: 941)

⁵ Dazu auch den Beitrag von Weiß in diesem Band.

demografische Trends, also Entleerung und Überalterung, sich zu einer Spirale verdichten, die aus benachteiligten verlorene und letztlich überflüssige Regionen macht: Regionen, die *auf Dauer abgekoppelt bleiben*.⁶

Die seit Jahren in ihrer einseitigen Wachstumsorientierung durchgeführten, so aber aussagefähigen und politisch wirksamen Rankings von Bertelsmann-Stiftung und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur regionalen Entwicklung, zeigen eine klare Ballung der ostdeutschen Landkreise im Wettstreit um die letzten Plätze (mit zu erklärenden Ausnahmen, bspw. Teltow-Fläming oder auch Dahme-Spreewald, die von industriellen Großprojekten profitieren). Prognosen lassen eine weitere Beschleunigung von Schrumpfungsprozessen bis 2030 erwarten: „In den alten Ländern wird sich der Anteil der ‚Schrumpfungsgemeinden‘ bis 2030 auf 61 Prozent erhöhen, in den neuen Ländern auf 95,5 Prozent. Auch künftig werden die peripher gelegenen oder strukturschwächeren Regionen besonders betroffen sein [...]“ (Maretzke 2014: 13) Diese Regionen werden nämlich auch nur wenig von einer Zuwanderung aus dem Ausland profitieren. Betroffen sind ländliche wie städtische Regionen, in besonderem Ausmaß viele der Klein- und Mittelstädte in ländlich-peripheren Regionen.

Dass zu diesem Regionstyp, der hier nicht noch genauer differenziert wird,⁷ durchaus und in einer – wenn auch moderat – zunehmenden Tendenz Regionen, Gemeinden im Westen des Landes gehören – wie regionale Rankings zeigen oder die angeführte Anzahl von Schrumpfungsgemeinden –, ist ein nur zweifelhafter Trost. Festzuhalten ist, dass sich unter den benannten Trends deutsch-deutscher Vereinigung – einem am BIP-Wachstum ausgerichteten, zu bewertenden Angleichungsprozess – in nicht zu vernachlässigender Größenordnung gegenläufige Verlaufskurven zeigen. Es ist jetzt schon absehbar, dass anstehende finanzpolitische Weichenstellungen – vor allem das Auslaufen des Solidarpaktes II, aber auch das sinkende Steueraufkommen oder neue Regelungen des Finanzausgleichs – diesen Trend noch bestärken werden.⁸ Es ist aber auch absehbar, dass der wirtschaftliche und soziale Entwicklungstyp, der den Vereinigungsprozess prägt und alle relevanten Indikatoren bestimmt, auf Probleme solcher Regionen keine Antwort hat. Denn diese stellen dem Muster von Aufschwung und Wachstum ein markant anderes gegenüber: *Schrumpfung*. Dieses

⁶ Für viele müsste besser im Konjunktiv formuliert werden: machen *könnte*, bleiben *könnte*. – Das wird aber nachfolgend noch deutlich.

⁷ Entsprechende Klassifizierungen hat das Bundesamt für Raumordnung vorgenommen. Für den jeweiligen Handlungskontext sind diese wichtig, hier sind sie im Detail zu vernachlässigen.

⁸ „Ab 2020 stehen an: ein auslaufender Solidarpakt, Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich, Auslaufen der Entflechtungsmittel sowie Probleme in vielen Städten und Gemeinden mit ihren Kommunalfinzen, insbesondere bei den Kassenkrediten. Gleichzeitig wird am 01.01.2020 die Schuldenbremse für die Länder in Kraft treten.“ (Informationen 2013: 3).

Muster erscheint als schwer zu begreifendes und separates Fatum, genau so erfolgt weitgehend der demografische Diskurs.

Nun hat sich für Ostdeutschland vor einigen Jahren, wenn auch eher zaghaft und vielleicht noch nicht als Mehrheitsmeinung, auch in wirtschaftswissenschaftlichen Expertisen die Erkenntnis Platz geschaffen, dass die Entwicklung in Ostdeutschland nicht einfach auf den Pfaden einer Adaption bestehender Muster und weit stärker unter Berücksichtigung bzw. der Nutzung wirtschaftsstruktureller Besonderheiten Ostdeutschlands zu befördern sei (vgl. Ludwig 2010; Vierteljahreshefte 2009). Als Beispiele ließe sich auf die kurze Erfolgsgeschichte der Solarindustrie oder auch generell die ostdeutsche Vorreiterrolle bei der Erzeugung erneuerbarer Energien hinweisen (Braun et al. 2013: 78 ff.; Keppler/Nölting/Schröder 2011). Nur hier sind nennenswerte Arbeitplatzeffekte auszuweisen,⁹ gerade hier ergeben sich Exportchancen. Eine differenzierte Untersuchung zu den strukturellen Bedingungen und Nachteilen der Industrie in Ostdeutschland, der „Atlas der Industrialisierung der Neuen Bundesländer“, verharrt nicht nur bei solchen Nachteilen, sondern zeigt Ansatzpunkte auf, um Besonderheiten – z.B. die Kleinteiligkeit der wirtschaftlichen Einheiten – für neue Entwicklungsansätze zu nutzen. „Die Vorteile von kleinen Unternehmen wie Flexibilität und Spezialisierung müssen genutzt, die Nachteile wie geringe Kapitalausstattung und Marktmacht durch Zusammenarbeit überwunden und in Wertschöpfungsketten eingebracht werden (Braun et al. 2013: 8). Es muss darum gehen, durch gezielte Förderung für Kooperation und Vernetzung zu sorgen – nicht die Kleinheit der Unternehmen ist das primäre Problem, sondern deren Isoliertheit (vgl. ebd.: 97).

Dass Besonderheiten und vor allem Nachteile sofort den Blick auf die wirtschaftlich und finanzpolitisch desaströse Vereinigungspolitik lenken – viele der strukturellen Besonderheiten bzw. Nachteile sind deren Folge –, sei hier nur angemerkt und kann als bekannt gesetzt bleiben. Festzuhalten ist, dass die genannte Erkenntnis über zu nutzende (wirtschaftsstrukturelle) Besonderheiten Ostdeutschlands bisher kaum praktische Konsequenzen zeigt; die aufgeführten Beispiele sind begrenzt und fragil. Dies ist in einer erratisch festgesetzten und in Deutschland weitgehend nicht hinterfragten neoliberalen Austeritätspolitik folgerichtig; industriepolitische Interventionen sind schwer möglich. Nicht weniger aber gilt eine solche Konsequenz für den skizzierten Regional- und Gemeindetypus. Die favorisierte wirtschaftliche Politik kann hier nur finanzpolitische Restriktionen als Palliativ haben. Regionen werden zu „Schlafträumen“, vielleicht zu „Erholungsbiotopen“ oder

⁹ „Bedeutsam ist, dass vier ostdeutsche Länder (Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) an der Spitze rangieren, wenn man die Anteile der EE-Beschäftigten [Beschäftigte in Bereich Erneuerbarer Energien, M.T.] an allen Länderbeschäftigten betrachtet.“ (Braun et al. 2013. 80).

zu „Resterampen“ für Abfall und Recycling. Alternativen kommen so erst gar nicht in den Blick. Dies ist, wie gesagt, konzeptionell konsequent. Der Angleichungsdiskurs, gleich welcher politischen oder ideologischen Ausrichtung, hat hier seinen blinden Fleck.¹⁰ Es geht eben *nicht nur* um Abstände.

Es gibt einige Gründe, diesen Fleck zu tilgen und aus der konzeptionellen Engführung auszusteigen. Beides hat mit der Frage nach Entwicklungsperspektiven zu tun.¹¹ Denn einmal handelt es sich bei dem umrissenen Typ von Regionen nicht um einen Ausnahme- oder Sonderfall der Entwicklung. Dies mag bisher so erscheinen, Prognosen gehen jedoch von deren deutlicher Ausbreitung aus, beispielsweise eben dem Anwachsen von Schrumpfungsgemeinden auf 61 bzw. 95,5 Prozent. Auch wenn nur eine kleinere Zahl davon tatsächlich mit einer Kumulation von Nachteilen zu tun hat, so kann doch die Frage nach möglichen Entwicklungschancen, nach Entwicklungspotenzialen nicht einfach ignoriert werden: Auf der großen Straße geht es mehr oder minder flott weiter, die kleinen Abzweige und Stauräume werden übersehen. Letztlich wäre genau das auch deshalb interessant, weil die gegenwärtig verfolgte gesellschaftliche Leitperspektive (oder eben: Bewegung auf der großen Straße) einer neoliberalen Finanzialisierung (vgl. Busch 2015) wenig zukunftstauglich ist. Gründe genug also, auf Abzweigungen und Stauräume zu schauen, die Fragestellung im Zusammenhang der Einheitsbilanzen zu erweitern.

Ein anderer Umgang mit dem „Rest“ – Schrumpfung als Herausforderung und Chance

Perspektivenwechsel

Für die aufgeführten Regionen bzw. Orte finden sich im Grunde nur Negativszenarios; in einem auf Stärke und Gewinn gepolten Entwicklungsmodell sind sie eben die Schwachen und Verlierer. Sie sind eine unnötige Last. Warum also sollte man hier besonders fördern oder alimentieren, statt die winkende „demografische Rendite“ einzufahren? Wenn schon weniger Menschen da bleiben, dann soll auch weniger Geld dahin, und letztlich können sich diejenigen, die da noch leben wollen, selbst helfen. Eine solche Frage bzw. Auffassung ist zumindest nicht weniger berechtigt als die immer wieder deklarierte und vielleicht in

¹⁰ Genau der findet sich auch in der etwa von Busch verschiedentlich (so Busch 2015: 134) an vorliegenden Einschätzungen des Autors zum Transformationsprozess in Ostdeutschland gemachten Kritik. Sie geht so m.E. am Problem vorbei.

¹¹ Eine ähnliche Argumentation findet sich bei Ragnitz 2015.

einzelnen Fällen einzulösende Hoffnung solcher Regionen, doch wieder *irgendwie* Anschluss zu finden. In bestechender Einfallslosigkeit ist dann in der Regel Tourismus die Rettung – natürlich Massentourismus. Die Akteure bleiben befangen in einer Welt, die sie nicht mehr haben will und die sie nicht mehr braucht. Was sie nicht sehen (wollen), ist das Grundproblem einer fragmentierten Wirtschaft und Gesellschaft, mit der bestimmte Regionen, Räume aus funktionalen Zusammenhängen heraus fallen.

Die aktuelle Regional- und Förderpolitik laviert zwischen anerkannten und mehr noch absehbaren Mittelkürzungen und einem Ausgleichsversprechen, mit dem nach den üblichen Förderregularien Mittel verteilt und etwa eine Wiederherstellung funktionaler Zusammenhänge simuliert werden. Mit eher weniger Erfolg.

Vor einigen Jahren hatte insbesondere das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung die Kritik daran zugespitzt und mit einigen provokativen Thesen eine Änderung in der regionalen Politik gefordert. Einerseits wurde ein Bekenntnis zur Perspektivlosigkeit von Regionen verlangt – man solle, müsse etwa Dörfer sterben lassen –, andererseits sollte sich regionale Politik von Ausgleich und dem Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse verabschieden, auf eine andere Grundlage stellen. Denn politisches Handeln bewege sich in einem Ordnungsrahmen von Größe und Wachstum, an dem dann möglichst alle (Gleichwertigkeit) partizipieren sollen. Das Festhalten an diesem Ordnungsrahmen muss aber letztlich nur eine Welt stabilisieren – also zu den aufgezeigten gegenläufigen Entwicklungen führen –, die wir doch verändern müssten. Übergreifend festmachen lässt sich dieser Ordnungsrahmen am Handlungsgebot einzuhaltender Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.¹² Dieses habe nunmehr seine Grundlage verloren. „Weil die Mittel begrenzt sind, gefährdet das Dogma von Wachstum und Gleichwertigkeit die Chancen jener Regionen, die sich künftig stabilisieren können.“ (Berlin Institut 2013: 5)

Aussagen und Thesen haben meist mehr Empörung als kritische Diskussion provoziert. Sie sind gewiss in mancher Hinsicht halbherzig, widersprüchlich, und sie lesen sich häufig eher als Begründungsvorschlag für „gezielte Entleerung“, denn als Vorschlag für eine tragfähige Alternative. So zeigt sich dann vielfach ein nur anders verpackter Sparvorschlag, nicht aber eine neue Entwicklungsorientierung. Diese bleibt auf Stabilisierung der Ökosysteme, Reduzierung der Infrastruktur oder die mögliche Flächennutzung für Windkraftanlagen begrenzt. Dennoch ist zugleich eine wichtige Bresche geschlagen für die produktive Debatte, werden Herausforderungen für Raumplanung und Regionalpolitik benannt. Daran soll

¹² Es geht um das Problem, nicht ein „Prinzip an sich“. Insofern könnte man auch „Gleichwertigkeit“ verteidigen, wenn man darunter eben Fragen der Teilhabe etc. versteht (so Ragnitz 2015: 11). Nachfolgend wird es um Indikatoren guten Lebens gehen.

angeschlossen werden. Zudem lässt sich nunmehr, mit dem Abstand von einigen Jahren, darauf hinweisen, dass es Ansatzpunkte gibt für ein verändertes Herangehen an regionale Entwicklung. Im europäischen Kontext kann auf die programmatisch neue Strategie einer „Community-Led Local Development (CLLD)“ hingewiesen werden, im deutschen Kontext markiert ein Modellprojekt wie „Daseinsvorsorge 2030“ den Versuch, stärker vom Lokalen aus- oder Bottom-up vorzugehen und so Experimente zu ermöglichen. Das Bundesamt für Raumordnung hat eine Reihe von Diskussionen und auch Projekten angeschoben. Wie weit diese Orientierungen bzw. Ansätze jeweils tragen, bleibt (mit einer beispielsweise aus ersten Umsetzungsschritten der EU-Strategie zu begründenden Skepsis) abzuwarten.

Der kardinale Punkt ist der folgende: Wenn Schrumpfung der zentrale Befund für solche Regionen ist, dann kann Entwicklung hier nicht von der Prämisse ausgehen, diese Schrumpfung irgendwie und irgendwann beseitigt zu haben – genau darauf aber ist die Debatte fixiert –, sondern geht es um Gestaltung unter Schrumpfungsbedingungen, um Gestaltung von Schrumpfung. Nicht also Schrumpfung oder Entwicklung, sondern *Schrumpfung als Entwicklung*.¹³ Dies aber stellt nahezu alle Leitsätze von Raumordnung, Regionalplanung, von Regionalpolitik und Regionalförderung zur Disposition. „Lange Jahre ging es in Deutschland bei der Planung um das Steuern und Verwalten von Wachstum. [...] Heute aber hat dieser Ansatz seine entscheidende Grundlage verloren und wirkt mehr und mehr kontraproduktiv. (Ebd.)

Diskussionen dazu und Forderungen gibt es seit einigen Jahren. Sie lassen sich durchaus bildlich zusammenfassen in der Formulierung, „man müsse die Förderpolitik vom Kopf auf die Füße stellen“ (vgl. Leitbild 2009: 17 ff.). Gefragt ist eine Förderstrategie, die von den tatsächlichen Problemen vor Ort ausgeht, an diese angemessen anschließt, statt Mittel einheitlich und zentral zu verteilen oder Anreize „von oben“ zu setzen. Die Probleme lassen sich nicht einfach in Finanzkennziffern umrechnen, und sie entstehen nicht auf dem Reißbrett, sondern bei und mit den Menschen vor Ort.

Neue Handlungs- und Gestaltungsansätze

Einige Beispiele können Vorgehen und Perspektive aufzeigen und zu einer – zumindest vorläufigen – systematischen Schlussfolgerung führen. Die Beispiele gehen nicht zufällig von einem spezifischen Typ der aktuellen Energiewende aus. Das ist mehrfach und ausführlich an

¹³ Eben: Kein Weg zurück; gerade nicht ländliche Idylle. Für eine provokante Eröffnung der gesellschaftspolitischen und philosophischen Debatte wäre auf Kil (2004) zu verweisen, für Erfahrungen in Stadtgestaltung unter Schrumpfungsbedingungen auf das Projekt Shrinking Cities (IBA Büro 2005).

anderer Stelle begründet (siehe: Thomas 2013; vgl. auch Berlin-Institut 2014: 64 ff.; Leitbild 2013). Die deutliche Eintrübung der Perspektiven durch die jüngsten politischen Initiativen in Deutschland (Novellierung des EEG) oder durch die zögerliche Politik der Europäischen Union (man denke nur an den Emissionshandel) ist natürlich nicht zu ignorieren. Sie muss aber keinen völligen Pfadabbruch bedeuten, sie dreht nicht alles wieder zurück „auf 0“. Und sie spricht so nicht gegen das systematische Argument. „Die Energiewende bietet demografisch angeschlagenen ländlichen Regionen eine neue Perspektive.“ (Berlin-Institut 2014: 65).

Die widersprüchlichen Erfahrungen bei der Umsetzung der Energiewende in Ostdeutschland – etwa das Missverhältnis zwischen vor Ort erreichter Produktion von erneuerbaren Energien und realisierter Wertschöpfung, der Widerspruch zwischen kommunalem Nutzen und restriktiver Gemeindeordnung oder die mit der Umsetzung der Energiewende zunehmenden Proteste – zeigen, dass sich in Art und Weise bzw. dem „Wie“ der Energiewende und auch eines ökologischen Umbaus die Herausforderungen besonders zuspitzen. Wir haben in verschiedenen gesellschaftspolitischen Orientierungen (vgl. Leitbild Ostdeutschland 2009 ff.) deshalb auf den besonderen Stellenwert einer dezentralen, lokalen oder kommunalen Energiewende hingewiesen und diesbezügliche Beispiele aufgezeigt. Letztlich wird eben diese Frage nach dem „Wie?“ zu der „Ob überhaupt?“. Denn selbst eine Energiewende im angegebenen Sinn kann nur gelingen, wenn die im Bereich der Energieproduktion nahezu übermächtige Pfadabhängigkeit gebrochen wird. Diese Pfadabhängigkeit aber ist direkt mit dem zentralistischen Modell von Energieerzeugung, -verarbeitung und -verteilung verbunden. Und dieser Zusammenhang stellt sich noch deutlicher für den mit einer Energiewende verflochtenen umfassenderen Anspruch einer gesellschaftlichen Transformation zu einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial zukunftsfähigen Gesellschaft. Ein solcher ist mit der Dominanz der „großen Vier“ der Energieerzeugung und dem zentralistischen Modell der Energieversorgung ausgeschlossen. In deren Handlungslogik bleibt die Fragmentierung der Räume gesetzt.

Deshalb kommt lokalen Projekten und Initiativen eine so zentrale (freilich nicht alleinige) Bedeutung zu. Gegenüber noch immer und wieder stärker auch in Deutschland favorisierten Groß-Lösungen ist das zu unterstreichen,

- weil sie die Chance bieten, organisatorische, technologische Lösungen in kleineren Bereichen (als „Nischeninnovationen“) auszuprobieren und umsetzungsreif zu machen,

- weil sie die Chance bieten, technologische Pfadabhängigkeiten und damit gesetzte einseitigen Lösungen zu durchbrechen und Handlungsmacht zu gewinnen gegenüber den Interessentkartellen der alten Energiekonzerne.
 - Lokale Ansätze bieten neue, direkte Aushandlungsmöglichkeiten für „öffentliche Güter“, Entscheidungen über deren Nutzung, Rekommunalisierungen, Vervielfältigung und Modifizierung von Eigentumsstrukturen (etwa bis zu Genossenschaften, Varianten solidarischen Wirtschaftens etc.) und damit strukturelle Transformationen.
 - Dezentrale Projekte können Impulse für Regionen bieten, die im Abseits marktwirtschaftlicher Dynamiken und Wachstumsrankings stehen, eigenständige Ressourcen erschließen, Handlungsmöglichkeiten auf lokaler, regionaler Ebene entfalten,
 - sie können vor allem auch zu praktischer Teilhabe anregen, diese ermöglichen und so zu Lernprozessen beitragen – also gerade auch zur erforderlichen kulturellen Wende –, zur eigenen Stärkung und Selbstermächtigung,
 - sie machen andere Lebensweisenformen praktisch möglich (sparsamer, mit weniger Transport etc.),
 - sie schaffen Arbeitsmöglichkeiten (gerade auch für die Jugend).
 - Zudem können sie insofern ganz direkt ihre eigenen Voraussetzungen verbessern, nämlich die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt erhöhen,
 - und sie sind nicht zuletzt eben das praktische Signal, Zeichen für den möglichen Beginn, für die Machbarkeit: „Wenn es dort geht, dann geht es vielleicht auch bei uns!“
- Das sollen drei Beispiele und Erfahrungen verdeutlichen.

Bioenergiedörfer – Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und lokale Teilhabe

Bioenergiedörfer – oder: Dörfer, die ihre Energieversorgung eigenständig auf Grundlage erneuerbarer Energien, überwiegend mittels Biogas und Biomasse gewährleisten – sind keine besondere ostdeutsche Erfindung. Sie haben hier aber eine mittlerweile beachtliche Ausbreitung gefunden und haben ihren Anteil an den rund 153 Milliarden Kilowattstunden erzeugter Strommenge aus den erneuerbaren Energien 2013. Bioenergie im engeren Sinn – in den sogenannten Bioenergiedörfern finden sich in der Regel Mehrfachlösungen bei der Energieerzeugung – hat einen Anteil von über 70 Prozent am Energieverbrauch. Auf den Weg gemacht haben sich schon über 100 solcher Dörfer, und mit umfassenden Programmen wie

dem zum Coaching von Bioenergiedörfern in Mecklenburg-Vorpommern ist deren Zahl in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen.

Einen besonders beeindruckenden und zugleich komplexen Umsetzungsansatz zeigt die Gemeinde Zschadraß im Bundesland Sachsen (in der Nähe von Leipzig und seit einigen Jahren Ortsteil der Stadt Colditz). Die Gemeinde kombiniert in der Umsetzung Solaranlagen, Windräder, Biogas und Biomasse in einem Effizienzkonzept. Zum Grundmodell gehören eine Stiftung und ein Bürgerverein. Dieser Bürgerverein entscheidet über die gemachten Gewinne (ca. 18.000 €/Jahr bisher); investiert wird in Kindergarten, Schulspeisung, Sportvereine, Transport. Die Gemeinde organisiert die Bürger! Ein anderes Beispiel mit einem etwas anderen Modell wäre die Gemeinde Feldheim in Brandenburg. Auch sie erzeugt deutlich mehr Strom als für den Eigenverbrauch benötigt (225 Prozent), verfügt über ein eigenes Stromnetz und beteiligt die Einwohner direkt an der Energieerzeugung (mit jeweils 1.500 EUR).

Beide Gemeinden haben sichtbar an kommunaler Handlungsfähigkeit gewonnen (durch eigene Finanzierung!), sie konzentrieren sich neben der wirtschaftlichen auf die soziale und kulturelle Entwicklung und sie sichern vor allem die breite Teilhabe der Bevölkerung. Sie machen zudem deutlich, dass kommunale Politik – sowohl der jeweilige Bürgermeister/die Bürgermeisterin wie die Gemeindevertretung – entscheidend ist. Diese Akteure kommunaler Macht müssen aber auch tatsächlich Möglichkeiten zu Verantwortungsübernahme und Entscheidung haben.

Es geht um Ressourcen in eigener Hand, so um Ermächtigung zum Handeln. Zu Recht ließe sich von „aktiven Dörfern“ oder von „energieaktiven Regionen“ sprechen. Bioenergiedörfer sind ein Weg, um kommunales (politisches) und wirtschaftliches Handeln direkt zu verbinden. Sie ermöglichen vielfältige Eigentumsformen – von Bürgerbeteiligungen über Stiftungen bis zu Genossenschaften und eben KMU – und können ein Schritt sein, um breitere gemeinschaftliche Verfügung zu erhalten (z.B. Rekommunalisierungen, Energienetze). Entscheidend ist, dass die z.T. beträchtliche Wertschöpfung im Ort bleibt, dass Arbeitsplätze und vor allem auch Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Bioenergiedörfer können gerade Monokulturen und die Ausweitung von Großanlagen (Wind, Biogas) verhindern. Ihr entscheidender Punkt sind die gewachsenen Teilhabemöglichkeiten, mit denen durch die jeweils eigenen Erfahrungen auch Einflüsse auf Kultur und Lebensweise möglich sind. Dies wird noch deutlicher, wenn man generell auf den Aspekt des Kommunalen, des Bürgerschaftlichen oder auch Genossenschaftlichen verweist.

Herauszustellen wären neben einer Reihe von Stadtwerken in Ostdeutschland eben die vielfältigen Bürgergenossenschaften im Energiebereich.

Die Dynamik ist oder war in diesem Bereich beachtlich. Es finden sich eine ganze Reihe von komplexen lokalen Lösungen, und es lässt sich von einem internationalen, von einem globalen Entwicklungspfad sprechen (Moss et al. 2013). Im Osten allerdings sind anhaltende und – wie schon angeführt – erheblich zunehmende Umsetzungsschwierigkeiten nicht zu übersehen. Einerseits ist die Bereitschaft zum Mitmachen eher langsam gewachsen und fehlt es hier an Voraussetzungen zu einer breiten finanziellen Beteiligung. Ursachen sind vielfältig. Dennoch haben sich aber nicht nur die bekannten Vorreiter wie Zschadrass (Colditz), Feldheim oder auch Bollewick stabilisiert, es gibt weitere gelungene Beispiele (vgl. Leitbild Ostdeutschland 2012). Dem steht freilich die Tatsache gegenüber, dass Fortschritte mit der jüngsten Novellierung des EEG politisch blockiert werden und so eben Erfolgsgeschichten – wie etwa die breite Bewegung von Bioenergiedörfern in Mecklenburg-Vorpommern – kaum fortgeschrieben werden können. Von einer ausreichend regional differenzierten Förder- bzw. Entwicklungspolitik ist wenig zu sehen.

Stiftungen, Bürgerhaushalte, Regionalwährungen – die Dinge selbst in die Hand nehmen

Die skizzierten Entwicklungen im Bereich der Bioenergiedörfer zeigen, wie wichtig ist es, die Verfügung über Ressourcen zu bekommen und sie nicht bei Großkonzernen etc. zu belassen. Nur so lässt sich der aufgezeigte Zirkel, der immer wieder in ein abstraktes Wachstumsmodell führt, durchschlagen. Neben den schon erwähnten Genossenschaften, die in jüngster Zeit gerade im Energiesektor einen neuen Boom erfahren, ist kurz auf Erfahrungen mit Bürgerstiftungen, mit Bürgerhaushalten oder mit Regionalwährungen zu verweisen. Sie alle sind geeignet, um den Bürgern in ihren Orten tatsächliche Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen, um so einerseits praktische Umsetzungen zu ermöglichen – Bürgerstiftungen bringen dafür das Geld zusammen, Bürgerhaushalte ermöglichen eine direkte Umverteilung von kommunalen Mitteln und Regionalwährungen sichern, dass Wertschöpfung auch in der Region bleibt und Effekte hat –, um aber zugleich demokratische Mitwirkung zu ermöglichen: In jedem der Beispiele sind eben die beteiligten Bürger auch mit ihrer Stimme dabei und können sie direkt wirksam werden.

Bürgerstiftungen haben sich in Ostdeutschland langsam entwickelt – es fehlt an individuellem Kapital, es fehlt an Tradition, und es gibt bürokratische Hürden. Zugleich aber

sind sie vielfach im ökologischen Bereich (Landwirtschaft, Naturschutz) und der Energieerzeugung (Solarwirtschaft) anzutreffen. Besonders entwickelt hat sich diese besondere Stiftungsform, nämlich Bürger-Stiftungen, in welcher man nicht allein mit Geld zum Stifter/zur Stifterin werden kann, sondern mit seiner einzubringenden aktiven Betätigung, Arbeitsleistung.

Bürgerhaushalte werden in einigen ostdeutschen Städten erfolgreich aufgestellt; das am längsten praktizierte, und sehr erfolgreich wie demokratisch breit angelegte Beispiel ist das des Bürgerhaushaltes in Lichtenberg, einem Berliner Stadtbezirk. Dies war ein linkes Projekt rot-roter Koalition, es wurde aber auch in einer anderen Koalition noch einige Zeit im Stadtbezirk fortgeführt. Mit Bürgerhaushalten wird ein nicht unbeträchtlicher Teil der kommunalen Mittel für Vorschläge der Bürgerschaft bereit gestellt. Diese kann breit darüber entscheiden, das Kommunalparlament ist verpflichtet, die Vorschläge dann aufzunehmen und auch in einem absehbaren Zeitraum umzusetzen. Darüber werden wiederum die Bürger informiert.

Regionalwährungen sind der Versuch, mit Vernetzungen zwischen regionalen Unternehmen und den Einwohnern zu erreichen, dass regionale Produktkreisläufe gestärkt werden. Dafür wird ein besonderes lokales Zahlungsmittel in Umlauf gebracht, mit dem Produkte bzw. Leistungen bezahlt werden können. Zugleich wird verhindert, dass dieses Zahlungsmittel (oder „Geld“) dem Kreislauf entzogen, also angespart wird. In jedem Fall soll die lokale Wirtschaft und möglichst auch die lokale Gemeinschaft (Vereine) gestärkt werden. Ein zwar begrenzter, vielleicht nur auf Zeit tauglicher und mit anderen Instrumenten abzustützender Weg, aber ein durchaus ernsthafter – trotz einiger berechtigter Vorbehalte.

Kunst, Kultur, Leben – eine zukunftsfähige Lebensweise!

Nicht weniger zu vernachlässigen sind Erfahrungen, die es mit Projekten, Initiativen im Bereich von Kunst, Kultur und vor allem solchen gibt, die anders arbeiten und leben wollen und dies praktizieren. Auch hier ist einerseits ersichtlich, dass solche Projekte, Initiativen eben direkt mit Bioenergiedörfern zusammenhängen können, andererseits zeigt sich immer deutlicher, dass ein Umbau unserer ganzen Lebenswelt wesentliche Voraussetzung für eine ökologische Wende ist: Eine anzustrebende, für den einzelnen „bereichernde“ individuelle Entwicklung ohne Massenkonsum, ohne weitere Ressourcen- und Naturausbeutung. In gewisser Hinsicht kann nur eine solche kulturelle Revolution den Druck entfalten, den es für die erforderliche Wende braucht: Wir müssen eben auch aufhören, das zu kaufen, was uns, was die Welt kaputt macht!

Praktische Projekte sind deshalb wichtig, weil nur in gemeinsamer Erfahrung und Umsetzung Lernen von Veränderung und eine Änderung der eigenen Präferenzen möglich sind. Nicht (nur) Politik kann uns das sagen, nicht (nur) kulturelle Eliten können uns das vormachen – wir müssen es vor allem *selbst erfahren*. In Deutschland – West wie Ost – gibt es eine enorme Fülle von solchen Beispielen. Wir haben ökologische Modellprojekte, wo eben die ganze Dorfgemeinschaft einbezogen ist, wir haben Kunstprojekte im ländlichen Raum, die eine enorme Ausstrahlung besitzen. Eine besonders interessante neuere Bewegung ist die von Nachbarschaftsgärten (urban gardening/guerilla gardening) in Städten, weil mit ihnen vor allem auch Nachbarschaften, Kommunikation und direkte Beteiligung organisiert werden. Es gibt zudem das wachsende Bestreben, nicht nur bei solchen lokalen Beispielen und Ausstiegen zu bleiben, sondern von hier zu neuen Formen aktiver Demokratie zu kommen. Das reicht von der Beteiligung an dem eigenen Projekt bis zu Vorschlägen, auf Bundesebene eine Bundeswerkstatt als Art „Dritte Kammer“ – neben Bundestag und Bundesrat – einzurichten, in der zivilgesellschaftliche Akteure sich versammeln und über Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung beraten, Vorschläge machen, die dann zur politischen Umsetzung gebracht werden (vgl. Rohr 2011).

Weitere Beispiele ließen sich anführen, sie sind zum Teil ausführlich dokumentiert (siehe etwa Links/Volke 2009; Berlin Institut 2014). Andere konnten wir in einer Initiative zusammenführen, welche sich „Zukunft Elbe-Elster“ nennt (vgl. www.zukunft-ee.de). Vergleichbare Initiativen gibt es in anderen Regionen, eben gerade auch in ländlichen oder peripheren: der Oberlausitz, dem Oderbruch etc. In Ostdeutschland ist etwa eine Perspektive verbreitet, die sich „Raumpioniere“ nennt. Sie geht davon aus, dass es immer wieder Menschen gibt, kleine Netzwerke, die sich an Orten niederlassen, wo (scheinbar) nichts mehr ist oder nichts mehr geht. Wirtschaft und Politik haben solche Orte oftmals direkt oder indirekt aufgegeben, abgeschrieben. Es sind solche „Pioniere“, die wieder eine Schule zum Leben erwecken, einen Dorfkonsum, ein kleines Theater, eine Lernwerkstatt und auch neue produktive Möglichkeiten erschließen, zumeist im ökologischen Landbau und Handwerk. Schaut man sich das genauer an, dann findet man interessante Konstellationen von Zugewanderten und Einheimischen, die „verlorenen Orten“ wieder Leben einhauchen. Bei vielen Beispielen ist ersichtlich, wie zentral eine direkte, unkomplizierte und anhaltende Kommunikation ist – es müssen echte *Gemeinschaftsprojekte* sein. Ein Kulturdorf etwa hat deshalb einen Verein gegründet, der einen eigenen Pizzaofen im Dorf betreibt. Und an diesem Ofen ist jeden Mittwoch gemeinsames Essen. Ein anderes Dorf hat die Gemeinschaft in verschiedenen runden Tischen organisiert, die für Themen des Dorflebens zuständig sind.

Wiederum an anderer Stelle symbolisiert ein Weidendom öffentlich Zusammenhalt – Platz für Theater, Diskussionen und Wettkämpfe. Im einen wie im anderen Fall ist direkt oder indirekt die zu beantwortende Frage: Wie können wir so leben und arbeiten, dass der Ausstieg aus dem „Weltuntergangsmodell“ wirklich gelingt? Wie können wir eine entsprechende Umwelt schaffen und angemessene Daseinsvorsorge sichern?¹⁴

Paradigmatische Herausforderungen und Ansätze

Die Initiativen und Beispiele zeigen, dass und wie eine solche regionale Entwicklung „von unten“ oder auch mit den eigenen Kräften und Ressourcen möglich ist. Die Schlüsselrolle einer dezentralen, kommunalen Energiewende wurde eben genau aus dieser Bedeutung heraus, Kräfte und Ressourcen gewinnen zu können und so Akteure zu ermächtigen, begründet. Deshalb eben gehört Energie in Bürgerhand (vgl. Dellheim 2015). Dass eine solche endogene Strategie notwendigerweise an den lokalen, regionalen Besonderheiten und Eigenheiten ansetzt – insofern gibt es eben keinen einheitlichen Masterplan (oder Ordnungsrahmen) für diese dezentrale Strategie – ist evident und schließt unmittelbar an die eingangs dargestellte Transformationsperspektive an. In jedem Fall kommt den wirtschaftlichen, den sozialen, kulturellen oder auch landschaftlichen Besonderheiten vor Ort eine ausschlaggebende Rolle zu. Es geht also nicht um „DDR-Eigenheiten“ oder „Ost-Befindlichkeiten“, es geht um historisch und aktuell geformte lokale Besonderheiten. Und diese haben eben im Westen mit einer westdeutschen (Vor-)Geschichte, im Osten mit einer ostdeutschen (Vor-)Geschichte zu tun. Das gilt für Jühnde, dem Vorreiter im Westen des Landes, wie eben für die ostdeutschen Pioniere um Bollewick, Feldheim oder Zschadras. Genau darin liegt aber die Chance, aus der Fixierung auf Vorbild, Adaption und letztlich aus einem einseitigen Pfad wirtschaftlichen Wachstumswettbewerbs auszusteigen und eben produktiv wie progressiv den Umgang mit Schrumpfung zu praktizieren, vom Re-Agieren zum Agieren zu kommen. Damit stehen die genannten Pioniere/Projekte hier pars pro toto; auf eine ganze Reihe von weiteren Darstellungen bzw. Sammlungen wäre zu verweisen.

Die verschiedenen, nur selektiven Beispiele zeigen also die Möglichkeit, spezifische lokale Strukturen zu stärken und um diese das lokale, regionale Leben zu entwickeln, Möglichkeiten einer differenzierten regionalen Entwicklungspolitik (vgl. Ragnitz 2015). Die schon erwähnten Vorreiter-Dörfer wie Bollewick, Feldheim oder Zschadras dokumentieren dies in

¹⁴ Es geht um einen Kultur- und Mentalitätswandel, also um durchaus Grundsätzliches. Es ist deshalb grotesk, hier immer wieder nur die geringe Größe oder Singularität der Projekte zu kritisieren. Man muss sich diesen schon konkret nähern, um Wandel aufzuspüren und nicht nur zu dekretieren.

eigenständigen Ansätzen. In Bollewick ist eine riesige Scheune aus Feldsteinen zu einem sozialen, kulturellen und partiell wirtschaftlichem Zentrum geworden und wurde ein Generationenprojekt zu Ansiedelung älterer Bürger entwickelt. In Feldheim sind es Arbeitsplätze oder ein für Weiterbildungen im Bereich neuer Energien wieder zu nutzendes Gebäude. In Zschadrass wird das kommunale Geld genutzt zur Stabilisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Im einen wie im anderen Fall lassen sich, statt auf Alimentierung oder auf Massentourismus zu warten, Anker setzen und bilden sich eben aktive Dörfer, aktive Regionen. Das ist der entscheidende Kontrast zu sich selbst verstärkenden Abwärtsspiralen.

Die besondere Rolle von Bürgerinitiativen bzw. von Bürgergenossenschaften sticht ins Auge. In einem gemeinsamen Agieren (dem, wie es in Anlehnung an die Commons-Perspektive heißt, *Commoning*) bilden sich neue „Lebensraumgemeinschaften“, also durchaus heterogene Nachbarschaften, lokale Gruppen oder Netzwerke, die sich für ihr Umfeld engagieren. Sie übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge und können vor allem dafür geeignete Formen und Schwerpunkte setzen. Insofern ist ihre soziale Kapazität wichtiger als es formale Raumordnungsbezüge sind, und sollte dies auch die Logik von Entscheidungen, beispielsweise über Fördermittel, beeinflussen. Solche selbstverstärkenden Prozesse haben also ihre systematische Konsequenz für eine regionale Entwicklungsstrategie oder auch Entwicklungspolitik. Ihr Kern besteht in einer am Gemeinwesen orientierten Daseinsvorsorge. Genau ein solche wäre ein wesentliches Element für einen Ordnungsrahmen, der sinnvoll mit Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umgeht und nicht in der Alternative von Selbsthilfe *oder* öffentlicher Daseinsvorsorge, von Schrumpfung *oder* Wachstum verharret.

Es ist davon auszugehen, dass solche aktiven Lebensraumgemeinschaften ihre Region anders „in Wert“ setzen als nach den Kriterien regionalen Wettstreits. Hier gilt lebenswerte Region mehr als Wettbewerb und kann überhaupt nicht von bloßer Armutsverwaltung gesprochen werden oder von einem Rückweg in dörfliche Subsistenzproduktion, sondern von einer Sicherung der Existenzfähigkeit lokaler Organisationen durch deren spezifische Selbsterneuerung. Die Existenzfähigkeit könnte sich beispielsweise an Basisgütern eines ausreichenden und guten Lebens ausrichten (vgl. Skidelsky 2013: 204 – 225), an Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Freundschaft, Harmonie mit der Natur. Denn solche Basisgüter treffen zweifellos mit Erfahrungswelten der Beteiligten zusammen, sie können Regionen stabilisieren, überlebens- und erneuerungsfähig machen. Genau mit diesem Sinn erhält so eben nicht zufällig der Resilienzbezug eine „Schlüsselrolle“ (vgl. Kegler 2014), jedenfalls in einer entsprechenden transformationsspezifischen Interpretation (vgl. auch Endreß 2015). Es geht um Offensein für Veränderung, um ein Erlangen von Optionen einer Re-Stabilisierung.

Wie eine solche dann unter den konkreten Bedingungen aussehen kann, ist nicht vorab oder theoretisch zu entscheiden. Sicher wird es vielfache Übergänge dabei geben, weniger ein eindeutiges Pro oder Contra (regionale Autarkie, oder Anschluss nach außen; Wachstumsverzicht, oder Wachstum), gefordert sind offene Such- und Lernprozesse.

Fazit: Ein Leben mit Unterschieden

Wir haben aus unseren regionalen Beobachtungen wie eigenen Aktivitäten in ostdeutschen Regionen seit mehr als fünfzehn Jahren die Erkenntnis gewonnen, dass dieser Entwicklungsmodus tatsächlich greift und dass er eine *Alternative* darstellt zur *nachholenden Angleichung*. Daraus erwächst nun kein ostdeutscher Vorsprung, die Trends sind im Osten so regional differenziert, wie sie sich auch und unter zum Teil besseren Voraussetzungen im Westen finden. Zugleich aber macht die Alternative das Bild von Angleichung oder Vereinigung nicht nur bunter und komplexer, sondern wirft weiter die Frage nach möglichen Entwicklungsalternativen zum neoliberalen Finanzialisierungsmodell auf. Lassen sich aus dem Umgang mit Schrumpfung und den genannten regionalen Ansätzen Konsequenzen für eine solche Perspektive oder eben eine umfassendere Transformation ziehen? Sind also solche Initiativen und Projekte Teil einer Suche nach dem mit einer Großen Transformation angestrebten „neuen Gesellschaftsvertrag“? (Vgl. WGBU 2011)

Auf eine direkte Art und Weise ist das kaum möglich. Weder lassen sich Ansätze von der einen auf die andere „Ebene“ einfach übertragen, noch lassen sich solche lokalen oder regionalen Ansätze zu einer neuen Qualität summieren. Die Erfahrungen von Governance-Projekten (vgl. die Diskussionen um Trans-Governance), sie gezielt hoch zu skalieren, bleiben zumindest bisher ebenfalls begrenzt. Und letztlich wird mit der festgefahrenen Austeritätspolitik oder den Umsteuerungen in der Energiewende deutlich, dass wohl die umgekehrten Einflüsse in der Regel größer sind. Viele der erwartungsvoll betrachteten Commons sind inzwischen effektiv marktwirtschaftlich eingebunden oder lassen sich für einen neoliberalen Staatsabbau instrumentalisieren.

Festzuhalten bleibt aber, dass mit dem aufgezeigten Ansatz regionaler Entwicklung – und zwar: nur so – sich zukunftsfähige Alternativen für eine nicht unbedeutende Anzahl von Regionen aufmachen lassen, die ansonsten in einer einseitigen Abwärtsspirale verfangen wären. Das ist wichtig und verallgemeinerbar, denn es handelt sich eben keinesfalls um einen marginalen Rest, auf den man schlicht verzichten oder den man nur alimentieren könnte. Die Voraussetzungen sind da. In einer Studie zu „Energie als Gemeinschaftsgut?“ heißt es

diesbezüglich für die neuen regionalen Handlungsräume: „Neue Governance-Formen wie regionale Energiekonzepte oder Energiegenossenschaften werden als Beiträge zur Verstärkung dieser Handlungsräume mit Entwicklungspotenzialen vor allem für strukturschwache ländliche Regionen gesehen.“ (Moss et al. 2013: 22) Dies zeigt sich in zahlreichen internationalen, globalen Trends.

Eine so gewonnene Handlungssouveränität oder Selbständigkeit bisher abgehängter Regionen kann durch ihre Selbststärkung Ressourcen freisetzen für andere Regionen; eine produktive Sparpolitik ist möglich, nicht nur ein Schielen auf die „demografische Rendite“. Damit lassen sich die Behauptungen von einer angeblich zu teuren Energiewende widerlegen und finden sich eher Argumente für ein spezifisches Innovationsprogramm, welches allen Regionen zugutekommen würde. Und letztlich sollte der in peripheren Regionen unter vielfach komplizierten Bedingungen erbrachte Nachweis, dass sich lebenswerte Alternativen zu einem zerstörerischen und bis in intimste Subjektbeziehungen scheinbar übermächtigen Entwicklungsmodell finden lassen, Anstöße liefern für Initiativen in stärkeren Regionen – was sich an einigen urbanen Initiativen (transition towns, urban gardening, Stadtteilgenossenschaften) bereits zeigen lässt. Dafür steht insbesondere die neuere wachstumskritische Bewegung (vgl. Adler 2015).

Gegen überzogene Planbarkeitsfantasien oder hermetisch geschlossene Gesellschaftskonzepte ist auf der Vorstellung zu bestehen, dass Nischen, Hybride o.a. durchaus zu sich ausweitenden Einstiegsprojekten werden können für eine breitere Umgestaltung oder Transformation. In einer sehr umfassenden und alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Commons-Bewegung kann gerade die Energiewende einen stimulierenden Platz einnehmen (vgl. Thomas 2015). Rückschläge sprechen nicht absolut dagegen.

Solche Konsequenzen mögen eher als Appell erscheinen, als normativ, und sie bleiben zweifellos in einer gewissen Offenheit stehen, also auch umstritten. Aktuell dominieren zudem eher die praktischen Gegenargumente einer nur schwer zu hinterfragenden Status-quo-Politik. Dennoch sind zu bilanzierende fünfundzwanzig Jahre deutsch-deutscher Vereinigung ein geeigneter Anlass, um den Blick auf offene Herausforderungen wie auf solche Konsequenzen zu wagen. Mit der Fixierung auf den Maßstab Angleichung, der durchaus seine Bedeutung behalten soll, besteht allerdings in seiner Vereinseitigung die Gefahr, dass die heute oft behauptete, unterstellte Alternativlosigkeit gesellschaftlicher Entwicklung („there is no alternative“) noch einmal untersetzt und in den Rang eines Naturgesetzes erhoben wird: Das sind wir doch „dem Osten“ schuldig, und irgendwie/irgendwann werden

wir „die zwanzig Prozent“ schon schaffen! Diese Fixierung trägt so wenig wie Gegenentwürfe tragen, die ihr Heil in einer Verklärung der Vergangenheit suchen.

Da erscheint die Tatsache, dass wir eigenständige lokale, regionale Projekte und Initiativen aufzeigen können, die konkret ihr Lebensumfeld zukunftsfähig gestalten, durchaus einer Beachtung und auch Würdigung wert. Gerade in deren Vielfalt bündeln sich übergreifende Herausforderungen zu einem gemeinsamen und also auch einenden „Projekt“. In dem Sinn aber bleibt der Vereinigungsprozess weiterhin offen. „Und das ist auch gut so.“

Literatur

- Adler, Frank (2015): Transformationsperspektive „Postwachstumsgesellschaft“, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.I), Berlin, S. 225 – 264.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet. Gemeinsame Studie mit dem Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Berlin.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt, Berlin.
- Braun, Sebastian/Güra, Tobias/Henn, Sebastian/Lang, Thilo. Schürmann, Carsten/Voß, Karsten/Warszycki, Pawel (2013): Atlas der Industrialisierung der neuen Bundesländer, Rostock.
- Brie, Michael (Hg.) 2014: Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Busch, Ulrich (2015): Große und kleine, wirkliche und virtuelle Transformationen, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.I), Berlin, S. 133 – 157.
- Dellheim, Judith 2015: „Transformatorisches Potenzial“ im Allgemeinen und im Besonderen, diskutiert am Beispiel des Berliner Energietisches, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.II), Berlin, S. 593 – 620.
- Deutschland 2014: 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk? Kurzzusammenfassung der Ergebnisse. Februar 2015, Halle.
- DIW 2014: Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens. DIW Wochenbericht Nr. 40, Berlin.
- Endreß, Martin 2015: Prozesse von Resilienz – eine neue Perspektive auf gesellschaftliche Transformation, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.I), Berlin, S. 115 – 131.
- Ferchland, Rainer 2015: Aspekte sozialer Ungleichheit in Deutschland aus dichotomer Perspektive. West-Ost, Geschlecht, Migrationshintergrund, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.II), Berlin, S. 469 – 504.
- IBA-Büro 2005: Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010. Zwei Bände, Dessau-Roßlau.
- Informationen 2013: INFORMATIONEN aus der Forschung des BBSR, Nr. 6 – Raumentwicklung, Bonn.
- Jahresbericht 2014: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2014, Berlin.
- Kegler, Harald 2014: Resilienz. Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt, Gütersloh, Basel.
- Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hg.) 2011: Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a. M.
- Kil, Wolfgang 2004: Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift, Wuppertal.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen 2015: Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.

- Leitbild Ostdeutschland 2009: Leitbild „Ostdeutschland 2020“. Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag. Autorengruppe BISS e.V., Berlin. Weitere Jahresstudien für 2010 bis 2014.
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hg.): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin.
- Ludwig, Udo 2010: Aus zwei Volkswirtschaften mach eine – Visionen und Realität der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands (Vortrag auf der Konferenz „20 Jahre Deutsche Einheit – Von der Transformation zur europäischen Integration“, Halle 11./12.3. Ms.
- Ludwig, Udo 2015: Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft, in: Berliner Debatte Initial 26, Heft 2, S. 34 – 49.
- Maretzke, Steffen 2014: Strukturschwache Städte und Dörfer kämpfen besonders mit der Schrumpfung, in *LandInForm*. Magazin für ländliche Räume, Heft 3, S. 12 – 13.
- Moss, Timothy/Gailing, Ludger/Kern, Kristine/Naumann, Matthias/Röring, Andreas 2013: Energie als Gemeinschaftsgut? Anregungen für die raumwissenschaftliche Energieforschung. IRS Working Paper No. 50, Erkner.
- Ragnitz, Joachim 2015: Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial 26, Heft 2, S. 5 – 16.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward 2012: *How Much is Enough? Money and the Good Life*, New York.
- Thomas, Michael 2014: Der erfolgreiche Einstieg in die Energiewende und den sozialökologischen Umbau als Voraussetzung einer „Großen Transformation“, in: *Energiewende. Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsvertrag*, hg. v. Gerhard Banse & Lutz-Günther Fleischer, Berlin, S. 251 – 271.
- Thomas, Michael 2015: Transformation? – Einstiege in die Transformation! In: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hg.), *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 39.I)*, Berlin, S.161 – 195.
- WBGU 2011: *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen).
- Vierteljahresschrift zur Wirtschaftsforschung 2009: *Die Wirtschaft in Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven*, Berlin.